



Seit gut zwei Jahren gilt in Deutschland das neue Prostitutionsgesetz – ein Gesetz mit lediglich drei Paragraphen. Prostitution ist seitdem nicht mehr „sittenwidrig“. Das Gesetz sollte die rechtliche und soziale Situation der freiwillig tätigen Prostituierten verbessern.

Arbeitsplatz Prostitution – für die Gewerkschaft ver.di ist das „älteste Gewerbe der Welt“ ein neues Aktionsfeld, in dem verschiedene und zum Teil widersprüchliche Interessenlagen erst zu analysieren und zu sondieren waren. Die Feldstudie von Emilija Mitrović, deren Ergebnisse in dieser Broschüre vorgestellt werden, bildet die Grundlage, auf der im Arbeitskreis Prostitution beim ver.di Bundesvorstand ein Musterarbeitsvertrag und ein Beratungskonzept entwickelt wurden. Es sieht vor allem eine individuelle Unterstützung von Prostituierten im Bereich Arbeitsrecht und Steuerfragen vor.

Prostitution ist eine Branche mit einer extrem hohen Ausbeutungs- und Gewaltrate. Die Gewerkschaft ver.di geht von einer parteilichen Sichtweise für die Prostituierten aus: deren Interessen und der Schutz vor Gewalt und Ausbeutung stehen hier im Vordergrund.

Dorothea Müller
Bundesfachbereichsleiterin
Fachbereich 13

Inhalt

Einleitung: Arbeitsplatz Prostitution im Brennpunkt	Seite 2
Huren & Arbeitsrecht	Seite 4
Skandal im Sperrgebiet	Seite 5
Arbeitsamt: Huren müssen draußen bleiben	Seite 6
Das Finanzamt ruft	Seite 7
Auf Nummer sicher: Registrierung	Seite 8
Hauptsache gesund	Seite 9
Rechtsverunsicherung	Seite 10
ProstG – Reaktionen	Seite 11
Ver.di ergreift Partei	Seite 12
Urlaub vom Bordell: Musterarbeitsvertrag	Seite 13
Impressum	Seite 15

Einleitung: Arbeitsplatz Prostitution im Brennpunkt



Etwa 400.000 Frauen arbeiten in Deutschland in der Prostitution, schätzt die Bundesregierung. Bis zu 1,2 Millionen Männer nehmen täglich die sexuellen Dienstleistungen von Prostituierten in Anspruch.

Der Umsatz im Wirtschaftssektor Prostitution wird auf 14,5 Mrd. Euro jährlich geschätzt. Das entspricht nahezu dem Umsatz der Karstadt Quelle AG mit 15,2 Mrd. oder der MAN AG mit 15,0 Mrd. Euro.¹

Eine Prostituierte nimmt pro Tag im Schnitt 150 bis 300 Euro für sexuelle Dienstleistungen ein. Aber das **durchschnittliche Monatseinkommen** der Sexarbeiterinnen liegt in der Regel **unter 1500 Euro**. Der Löwenanteil des erwirtschafteten Geldes landet bei Zuhältern und Wirtschaftlern². Außerdem profitieren insbesondere Immobilienbesitzer von der illegalen Prostitution. Sie berechnen für die Modellwohnungen, in denen hauptsächlich MigrantInnen ohne Arbeitserlaubnis anschaffen, Quadratmeterpreise von bis zu 50 Euro. Professioneller Sex kostet in Deutschland im Schnitt 75 Euro. Davon erhalten Zimmervermieter und Zuhälter je 25 Euro, bleiben für die Prostituierte noch 25 Euro.³

Die Zahlen zeigen: **Prostitution ist in vielerlei Hinsicht eine gesellschaftlich relevante Größe**. Trotzdem bleibt der Bereich in weiten Teilen der Gesellschaft immer noch ein Tabuthema. Die Tabuisierung und Diskriminierung der Prostitution führt dazu, dass die Arbeitsbedingungen in diesem Wirtschaftssegment unkontrolliert und damit zwangsläufig schlecht bis menschenunwürdig sind. Die gesellschaftliche Doppelmoral im Umgang mit Prostitution macht es den Frauen (wie auch den männlichen Prostituierten) schwer, öffentlich zu diesem Arbeitsplatz zu stehen.

Das neue **Prostitutionsgesetz (ProstG)**, das am **1.1.2002** in Kraft getreten ist, sollte die Situation der SexarbeiterInnen verbessern. Es regelt die zivilrechtlichen, arbeits- und sozialrechtlichen Beziehungen zwischen den Prostituierten und deren Kunden und



¹ vgl. Aufklärung und Kritik, Erlangen, 2/2003

² Wirtschaftler sind i.d.R. vom Bordellbesitzer angestellt und für die Organisation des Bordells zuständig

³ vgl. *GELDidée* vom 13. Juni 2001 (Umrechnung in Euro durch d.V.)

Arbeitgebern. Die Frauen können sich jetzt unter der Berufsbezeichnung „Prostituierte“ offiziell kranken- und rentenversichern, sie können Löhne einklagen und sich gewerkschaftlich organisieren.

Prostitution ist zwar keine Dienstleistung wie jede andere, aber sie ist jetzt legal. Deshalb fühlte sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes aufgerufen, den SexarbeiterInnen ein Betreuungsangebot zu machen. Prostitution ist noch immer eine Grauzone, von der man wenig Konkretes weiß. Deshalb beauftragte der ver.di „Fachbereich für besondere Dienstleistungen“ die Hamburger Sozialwissenschaftlerin Emilija Mitrović, die aktuelle Situation in Sachen Prostitution zu untersuchen.

- Welche Veränderungen haben sich nach den Gesetzesänderungen real ergeben?
- Welche Praxisrelevanz hat das ProstG für verschiedene Einrichtungen, wie Beratungsstellen, Gesundheitsämter, Polizei, Ordnungsämter, Arbeitsämter, Krankenkassen, Sozialversicherungsträger, Finanzämter, Polizei etc.?
- Welche Praxisrelevanz hat das Gesetz für die Prostituierten in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Prostitution?

Die an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg lehrende Expertin Emilija Mitrović führte mit StudentInnen eine qualitative Studie durch. In sieben Großstädten befragte sie in 51 ausführlichen Interviews vor allem Prostituierte, außerdem BordellbetreiberInnen sowie VertreterInnen von relevanten Vereinen und Behörden. Diese Broschüre präsentiert die Ergebnisse in Kurzform. Sie zeigen: Vorbehalte gegen das Prostitutionsgesetz bestehen auf allen Seiten. Aber deutlich wurde auch, dass der Bedarf an Unterstützung im Kampf gegen Ausbeutung und Diskriminierung der Sexarbeiterinnen enorm ist. Mit Hilfe dieser Studie kann die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nun politische Strategien und konkrete Angebote entwickeln, maßgeschneidert auf die Bedürfnisse der Prostituierten. Ein guter Anfang ist der Muster-Arbeitsvertrag (siehe Seite 12).

Huren & Arbeitsrecht



Die meisten professionellen Prostituierten arbeiten in Deutschland als Selbstständige. Zwar werden viele Frauen von Zuhältern kontrolliert und ausgebeutet, aber zwischen Prostituierten und Zuhältern besteht kein arbeitsrechtliches Verhältnis, sondern ein Privatverhältnis. Auch in den meisten Bordellen sind die SexarbeiterInnen nicht angestellt, sondern zahlende MieterInnen oder freie MitarbeiterInnen. Aber die Situation ändert sich langsam. Einige BordellbetreiberInnen sehen in dem Prostitutionsgesetz die Chance, dem immer noch kriminalisierten Milieu zu entkommen. Sie schließen mit den Frauen Arbeitsverträge ab – aber meist auf Niedriglohnbasis.

Laut einer Mitarbeiterin der „Mitternachtsmission“ ist die neue Möglichkeit, Arbeitsverträge abzuschließen, von ClubbetreiberInnen in Dortmund positiv aufgenommen worden. Nun würden die Clubs auf der Basis geringfügiger Beschäftigung von ca. 700 Euro pro Monat Frauen anstellen, die schon einige Jahre in dem jeweiligen Club arbeiten.

Dies sieht sie als eine konkrete Verbesserung für die Frauen an.

Ein Mitarbeiter der Gewerbeabteilung des Dortmunder Ordnungsamtes gab an, er habe solche Arbeitsverträge einsehen können. Seiner Ansicht nach sind diese ausreichend. Sie enthalten z.B. Regelungen über das Verweigerungsrecht von bestimmten Sexualpraktiken. Hinsichtlich der vereinbarten Löhne stelle sich jedoch die Frage, ob diese nur deshalb so gering seien, um weniger Steuern und Abgaben zu zahlen. Die Verträge erfüllten jedoch alle Voraussetzungen, um die Sozialversicherungspflicht zu begründen und entsprechende Zahlungen zu leisten.



Mehrere der für diese Studie befragten Prostituierten sahen in Arbeitsverträgen durchaus eine Chance für bessere Arbeitsbedingungen. Sie wünschten sich Vereinbarungen zu Arbeitszeit, Verdienst, Abwesenheit durch Krankheit, Urlaub und Steuerpflicht.

MigrantInnen mit illegalem Aufenthaltsstatus genießen per se keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz. Nur durch Heirat oder einen Arbeitsvertrag können sie einen legalen Aufenthaltsstatus bekommen.





Eigentlich ist Prostitution seit Inkrafttreten des ProstG am 1.1.2002 in Deutschland vollkommen legal. Aber mit **Sperrgebietsverordnungen** können Länder und Kommunen die Bestimmungen des Bundesgesetzes teilweise aushebeln. Behörden können Prostitution in bestimmten Zonen verbieten – recht willkürlich.



Beispiel **Dresden**: Hier wurde fast das gesamte Stadtgebiet zum Sperrgebiet erklärt. Somit ist faktisch jegliche Form der Prostitution verboten, nicht nur auf der Straße, sondern auch in Wohnungen. Die Polizei wertet entsprechende Annoncen in Tageszeitungen aus und fordert bei Razzien die BetreiberInnen der Modellwohnungen auf, das Sperrgebiet mit ihrem Gewerbe innerhalb von 14 Tagen zu verlassen. Bei Zuwiderhandlung werden hohe Bußgelder verhängt.

Beispiel **Hamburg**: Straßenprostitution ist eigentlich im gesamten Stadtgebiet verboten. Eine Ausnahme sind die Reeperbahn sowie einige Straßen im Stadtteil St. Pauli. Dort dürfen Prostituierte von 20 Uhr bis 6 Uhr auf der Straße stehen und Passanten auch aktiv ansprechen (kobern). Im Stadtteil St. Georg ist die Sperrgebietsverordnung nicht aufgehoben, trotzdem stehen hier den ganzen Tag über Prostituierte auf den Straßen. Ein Mitarbeiter der Milieuaufklärung in Hamburg St. Georg erklärt, dass die Sperrgebietsverordnung genutzt wird, um Prostituierte mit illegalem Aufenthaltsstatus ausfindig zu machen und abzuschieben.

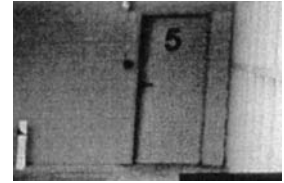


Die Bordell- und Wohnungsprostitution ist in ganz Hamburg erlaubt. Sie wird nur dann geahndet, wenn Wohnraum zu Gewerberaum **zweckentfremdet** wird.

Beispiel **Stuttgart**: Die Sperrgebietsverordnung gilt für das gesamte Stadtgebiet. Allerdings steht inmitten der Innenstadt das **Drei-Farben-Haus**, ein Laufhaus, in dem über 80 Prostituierte ihre Dienste anbieten. Animation in den Fenstern werde nicht geahndet, sagt der Leiter der Ermittlungsgruppe Prostitution, sehr wohl aber aktive Animation vor dem Haus oder aus den Fenstern heraus.

Mit Bußgeldern geht die Polizei gegen den illegalen Straßenstrich im **Bohnenviertel** (Innenstadt) vor. Hier werden Bußgeldbescheide auch an Freier per Post nach Hause geschickt. „**Schweden light**“ nennt die Polizei in Stuttgart dieses Modell.

Arbeitsamt – Huren müssen draußen bleiben



Arbeitsämter bzw. die staatlichen Agenturen für Arbeit vermitteln im Bereich der Prostitution keinerlei Jobs, aufgrund „grundsätzlicher Erwägungen“ – die seit Inkrafttreten des ProstG allerdings weniger rechtlicher sondern eher moralischer Natur sind. Die TeilnehmerInnen der 8. Fachtagung Prostitution im Oktober 2003 in Berlin kritisierten die „Selbstbindung“ der Arbeitsämter. Die **Hurenbewegung in Deutschland fordert, „die eigeninitiierte ‚Selbstbindung‘ in Sachen Sexarbeit abzuschaffen“** und Sexarbeit als eine Tätigkeit wie jede andere zu behandeln.

Hydra – eine Beratungsstelle und Selbsthilfegruppe für Prostituierte in Berlin – berichtet, dass die Arbeitsämter die Förderung von Prostituierten, die eine **Ich-AG** gründen wollen, ablehnen. Außerdem weigern sie sich, Stellenangebote für Prostituierte zu verwalten. Diese Anwendungspraxis von Gesetzen und Verordnungen kann als Fortführung des illegalen Status von Prostitution betrachtet werden, meint die Vertreterin von Hydra.

Ein Mitarbeiter des Hamburger Arbeitsamtes meint, es sei überhaupt nicht notwendig, eine zuständige Abteilung für Prostituierte zu haben, da es keine Anfragen von Prostituierten gäbe, und auch in der für Ausländerinnen zuständigen Abteilung lägen keine entsprechenden Anfragen vor. Diese Stelle ist zuständig, wenn ein Arbeitgeber eine Arbeitsgenehmigung für eine Angestellte beantragen möchte, die nicht aus einem der EU-Länder kommt. Rein theoretisch sei es möglich, dass das Arbeitsamt im Zusammenhang mit den Ich-AGs von Prostituierten frequentiert würde, aber dies sei bisher nicht der Fall.

Eine 50-jährige Berliner Prostituierte wünscht sich vom Arbeitsamt nicht nur die Vermittlung von Arbeitsplätzen für Prostituierte, sondern auch **Umschulungsangebote** für Frauen, die als Prostituierte arbeiten wollen.

Hingegen wünschten sich andere Prostituierte im Interview Ausstiegsprogramme und Umschulungen in andere Berufe – wie sie zum Beispiel vom Arbeitsamt in Esslingen (Baden-Württemberg) angeboten werden.



Zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes hat der Bundesrechnungshof in seinem Jahresbericht beanstandet, dass die Finanzämter die Einkünfte der Prostituierten nur in Einzelfällen besteuern. So entgingen dem Bund jährlich **2 Milliarden Euro Steuereinnahmen**.¹

Die ver.di Studie ergab: Der Umgang mit der Besteuerung ist von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich.

In Stuttgart sind Prostituierte als selbstständig Tätige einkommens- und umsatzsteuerpflichtig (Regelsteuersatz 16 %). Hier wird für jeden Miet-/Tätigkeitstag eine Pauschale erhoben, die sich zusammensetzt aus Ertragssteuern, Solidaritätszuschlag und Umsatzsteuer. Dieser **Tagessatz beträgt 25 Euro**. Die BetreiberInnen von Terminwohnungen sind verpflichtet, diese Steuer mit der Tagesmiete von den Prostituierten zu kassieren und vierteljährlich an das Finanzamt abzuführen. In Bordellen wie dem Drei-Farben-Haus gilt ein ermäßigter Tagessteuersatz von 15 Euro.

Das Dortmunder Finanzamt hat bisher nach Angaben einer Mitarbeiterin der „Mitternachtsmission“ nur dann Steuern verlangt, wenn Frauen als **„Schwarzarbeiterinnen“** angezeigt worden wären. Seit Inkrafttreten des ProstG würden sich die Prostituierten verstärkt Gedanken über ihre Steuerpflicht machen.

Berliner Prostituierte berichteten von Willkür der Finanzämter bei der Steuererhebung. Einige Frauen in Leipzig haben Schwierigkeiten, weil die **Steuerfahndung die Zeitungsannoncen auswertet**.

Ein besonders großes Problem sieht die Mitarbeiterin einer Hamburger Beratungsstelle darin, dass Prostituierte und BordellbetreiberInnen, die sich anmelden wollen, einer rückwirkenden Steuerpflicht unterliegen.

Viele Prostituierte wünschen sich von ver.di Aufklärung und Steuerberatung.

¹ Hamburger Abendblatt, 26.1.2003

Auf Nummer sicher: Registrierung



Durch die Verabschiedung des neuen **Infektionsschutzgesetzes**, das eine freiwillige und anonyme Gesundheitsberatung und Untersuchung vorsieht, ist die **Registrierung von Prostituierten obsolet geworden. Dennoch findet sie z.B. in Stuttgart statt.**



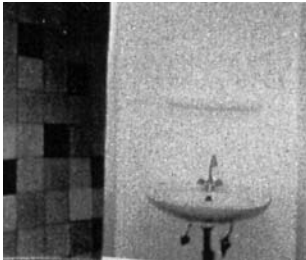
Die Stuttgarter Polizei begründet die Registrierung damit, dass bei Prostituierten davon ausgegangen werden kann, dass sie entweder als Opfer oder als Täterinnen von Straftaten anzusehen sind. Kommt es in einem Bordell zu Straftaten, können **alle** Prostituierten registriert werden – und nicht nur diejenigen, die konkret straffällig geworden sind.

„Nach dem Jahresbericht 2002 gehen in Stuttgart 2700 Frauen der Prostitution nach. Das sind nur die Registrierten. Es gibt eine Liste. Wir haben eine Kartei. Wir dürfen dann Daten erfassen und speichern, wenn es dafür polizeilichrechtliche Gründe gibt. Es müssen Gefahren von der Prostituierten ausgehen oder ihr drohen. Die Straßenprostituierten halten wir länger gespeichert, weil man auf Grund deren Vita davon ausgehen kann, dass sie selber straffällig werden, z.B. durch Verstoß gegen die Sperrgebietsverordnung, oder dass sie Opfer werden.

Das gleiche gilt für Bordelle, wenn es da in der Vergangenheit Straftaten gegeben hat. Oder wenn sie auffällig geworden sind durch Förderung der Prostitution, durch Zuhälterei, Menschenhandel, Ausländerinnen, Schleuserdelikte – da können wir auf jeden Fall die Prostituierten länger in der Registrierung lassen.“ (Aus dem Interview mit der Ermittlungsstelle Prostitution)

Zur Frage nach der Kontrolle durch die Polizei in Dresden berichtete die Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes, die Polizei kontrolliere nach wie vor die **Gesundheitsausweise** der Frauen.

In Hamburg findet generell keine Registrierung von Prostituierten statt. Allerdings berichten MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, dass **im Bereich der Beschaffungsprostitution sehr wohl bei der Polizei Karteien existieren.**



Seit dem Wegfall der Untersuchungspflicht gehen weniger Prostituierte zur Gesundheitskontrolle. Die Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes Dresden bedauert die neue Gesetzeslage: „Früher hatten auch die Bordellbetreiber ein Interesse, dass die Frauen zu den Gesundheitsuntersuchungen gingen.“ Die Hälfte der Frauen käme jetzt nicht mehr. „Viele bieten für 50 Euro Aufschlag Sex ohne Kondom an.“ Freieraufklärung gäbe es in Dresden nicht.

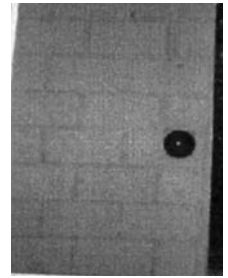
Auch einige der befragten WohnungsbetreiberInnen und Prostituierten in Dresden und Esslingen bei Stuttgart bedauern den Wegfall der Untersuchungspflicht. Sie meinten, dass etwas Druck in dieser Hinsicht sinnvoll wäre – gegen die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und HIV – auch zum Schutz der Prostituierten.

Der Bereich Aufklärung und Prävention wurde in Dortmund vom Gesundheitsamt an den Verein „Mitternachtsmission“ übertragen. Die befragte Mitarbeiterin sieht einen Vorteil darin, dass die Frauen jetzt zu einem **Arzt ihrer Wahl** gehen und sich anonym untersuchen lassen können. Auch wenn sie die **Kosten dafür selber tragen** müssen.

Der Mitarbeiter der polizeilichen Dienststelle in Stuttgart meint, die Abschaffung der Gesundheitspflicht habe sich insbesondere für ausländische Frauen negativ ausgewirkt. Früher hätten die Frauen wenigstens einmal im Monat einen **„Zuhälterfreien Tag“** gehabt. Er würde es begrüßen, wenn es eine Pflichtberatung für Prostituierte gäbe, die nicht auf Gesundheitsfragen beschränkt wäre, sondern auch Sozialberatung umfasse. Insbesondere für Frauen, die unter starker Kontrolle eines Zuhälters stünden, wäre das ein Vorteil.



So positiv der Wegfall der Registrierung und der polizeilichen Kontrollen durch die Bestimmungen des neuen Infektionsschutzgesetzes sind, so negativ schätzen MitarbeiterInnen in den Gesundheitsämtern die Begleitumstände ein: den Abbau von Beratungs- und Untersuchungsangeboten für Prostituierte.



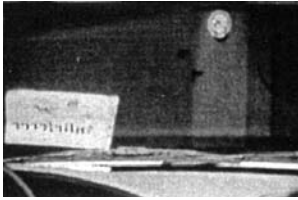
Viele Institutionsvertreter sind bei der Beurteilung der neuen Gesetzeslage skeptisch. Zitat aus dem Interview mit der Polizei in Stuttgart: „Der Kenntnisstand im Milieu ist äußerst bescheiden. ... Das neue Gesetz hat nahezu keine Auswirkungen. Weder der Freier noch die Prostituierte bringen die Polizei ins Spiel, wenn es um Betrugsdelikte geht.“

Kaum eine der befragten Prostituierten nahm eine Besserstellung ihrer rechtlichen Situation durch das ProstG wahr. Viele wollen in der Anonymität bleiben, statt für ihre Rechte einzutreten. Ihre Begründungen dafür in den Interviews:

- weil sie ein Doppelleben führen
- weil sie Prostitution für keinen anständigen Beruf halten
- weil sie die Vorurteile gegen Prostituierte für nicht abbaubar halten
- weil sie die gesellschaftlichen Vorurteile teilen
- weil sie keine Abgaben zahlen wollen (Steuern, Sozial- und Rentenversicherung)
- weil sie der Prostitution sowieso nur für eine begrenzte Zeit nachgehen wollen

Die Vertreterin der Berliner Beratungsstelle Hydra beklagte, dass viele Gesetze, die vom ProstG tangiert würden, nicht geändert worden seien. Deshalb bestehe in vielen Bereichen große Rechtsunsicherheit. Die Unklarheiten resultierten u.a. aus den unterschiedlichen Regelungen der Bundesländer. Durch Sperrgebietsverordnungen zum Beispiel, werde die legale Tätigkeit Prostitution so weit eingeschränkt, dass sie sogar strafrechtlich verfolgt werden könne.

Die Betreiberin eines Bordells in Berlin schätzt die erhöhte Sicherheit vor Razzien. Sie meint, das Prostitutionsgesetz bringe mehr Vorteile für Betreiber von Bordellen als für Prostituierte.



„Das Gesetz läuft bisher weitgehend ins Leere. Arbeitsverträge gibt es noch kaum und wenn, dann nur auf Niedriglohnebene. Eine soziale Absicherung von Prostituierten ist noch nicht erreicht,“¹ kritisiert die bundesweite AG Recht Prostitution. Nach wie vor bestehe eine große Verunsicherung bei Behörden, Betreibern und Prostituierten, weil es an vernünftigen Durchführungsbestimmungen fehle und andere Gesetze, die ebenfalls die Prostitution regeln, nicht angepasst wurden.



Die **Landesversicherungsanstalt (LVA)** Hamburg teilt mit, dass sich bislang **keine einzige** Prostituierte angemeldet hat. Die Ursache dafür liege vermutlich in der Fortführung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung unter einer **anderen Tätigkeitsbezeichnung**, z.B. Serviererin, Reinigungskraft.

Bei den Krankenversicherungen DAK und DVK in Hamburg gibt es keine zuständige Abteilung für Prostituierte. Für die DVK scheint das ProstG keine Praxisrelevanz zu haben, da sich die Frauen nicht zu erkennen gäben. Auch die DAK geht davon aus, dass Prostituierte sich unter anderen Berufsbezeichnungen bei ihrer Krankenversicherung anmelden.

Der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen – im März 2002 von acht BordellbetreiberInnen gegründet – beklagt, dass das **Gewerberecht unterschiedlich ausgelegt** würde. **Manche Betriebe würden den Vergnügungsstätten zugerechnet und seien damit in Wohngebieten nicht genehmigungsfähig.** In Bezug auf das Arbeitsrecht beklagt der Verband, dass es Arbeitgebern verboten ist, Prostituierten **Weisungen zu erteilen.** **Durch diese Bestimmung könnten keine Arbeitsverträge geschlossen werden.** Aber auch der **§181a StGB (Zuhälterei)**, nachdem **Ort und Zeit von Sexdiensten nicht festgelegt** werden dürfen, erschweren die Abschlüsse von Arbeitsverträgen.

¹ Bundesweite AG Recht Prostitution, die sich aus MitarbeiterInnen von Beratungsstellen für Prostituierte zusammensetzt, im März 2003



Die Ergebnisse der ver.di Studie zum Arbeitsplatz Prostitution zeigen, dass Novellierungen des Prostitutionsgesetzes nötig sind. Und außerdem Aufklärungsarbeit, um gegen Unwissenheit sowie die vorherrschende Doppelmoral anzugehen. Nur so kann die Gesellschaft den SexarbeiterInnen Chancengleichheit bieten.

Aus der Studie ergeben sich Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzt sich konkret für die Rechte und soziale Besserstellung von SexarbeiterInnen ein – auch wenn sie nicht Gewerkschaftsmitglieder sind. Ein wichtiger Schritt zum Schutz vor Ausbeutung ist der **Muster-Arbeitsvertrag, den ver.di ab Ende April 2004** anbietet.

Weitere Vorhaben des **ver.di Fachbereichs 13 für besondere Dienstleistungen** sind:

- Rechtsberatung und Rechtsschutz für Prostituierte
- Steuerberatung
- Gesundheitsberatung
- Ausstiegsprojekte
- Öffentlichkeitsarbeit / Aufklärung
- Bildungsarbeit
- Lobbyarbeit im politischen Raum

Prostitution ist keine Arbeit wie jede andere. Aber SexarbeiterInnen müssen die gleichen Rechte haben wie jeder andere. Dafür macht ver.di sich stark.

Musterarbeitsvertrag im Bereich sexueller Dienstleistungen

Zwischen


Herrn/Frau/Firma [Name + Anschrift] im Folgenden Arbeitgeber genannt

und

Frau/Herr [Name + Anschrift] im Folgenden Arbeitnehmerin genannt

wird folgender Arbeitsvertrag geschlossen:

1. Beginn, Dauer und Kündigung des Arbeitsverhältnisses

- a. Das Arbeitsverhältnis beginnt am [Datum].
- b. Die ersten sechs Wochen gelten als **Probezeit**. Während dieser Zeit kann das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden.
- c. Das Arbeitsverhältnis wird **auf unbestimmte Zeit** abgeschlossen. Für die Kündigungsfrist gilt **§ 622 BGB**.
- oder 
- d. Das Arbeitsverhältnis wird befristet für [12 Monate] bis zum [31.12.2004] abgeschlossen¹.
- e. Das Arbeitsverhältnis unterliegt der **Sozialversicherungspflicht**. Der Arbeitgeber wird die Arbeitnehmerin bei den Trägern der Sozialversicherung anmelden und die monatlich fällig werdenden Beiträge abführen.

oder

- f. Die Arbeitnehmerin wird **geringfügig beschäftigt**. Aus diesem Grund unterliegt das Beschäftigungsverhältnis **nicht der Sozialversicherungspflicht**.

2. Tätigkeit

- a. Die Arbeitnehmerin wird eingestellt
- als [Bezeichnung der Tätigkeit, z.B. Sexarbeiterin].

oder

im [Bereich sexueller Dienstleistungen].

- b. Die Tätigkeit unterfällt dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten vom 01.01.2002. Die Arbeitnehmerin ist danach nicht verpflichtet,



sexuelle Handlungen vorzunehmen oder an sich vornehmen zu lassen.

- c. Die Arbeitnehmerin übt ihre Tätigkeit in [Ort / Adresse / Gebäude etc.] aus.

Zusätzlich ist möglich:

- d. Die Arbeitnehmerin kann zu folgenden anderen Betriebsstätten des Arbeitgebers versetzt werden: [Bezeichnung der Orte].

3. Arbeitszeit

- a. Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt [Zahl] Stunden in der Woche².
- b. Die Arbeitszeit verteilt sich auf höchstens fünf Tage in der Woche.
- c. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit legt der Arbeitgeber in einem Dienstplan fest, der für jede Woche (Montag – Sonntag) 14 Tage im Voraus der Arbeitnehmerin bekannt gegeben wird.

Zusätzlich ist möglich:

- d. Mindestens jedes 3. Wochenende (Sonntag und Sonntag) ist freizuhalten.

4. Vergütung



a. Grundvergütung mit Umsatzbeteiligung

Die Arbeitnehmerin erhält als Vergütung [Zahl] EUR brutto monatlich. Zusätzlich erhält sie [Zahl] % von dem auf ihre Tätigkeit zurückzuführenden Umsatz [oder für die Bedienung jedes Kunden einen einmaligen Betrag von Zahl EUR brutto].

b. Umsatzbeteiligung mit Fixum

Die Arbeitnehmerin erhält als Vergütung [Zahl] % von dem auf ihre Tätigkeit zurückzuführenden Umsatz, mindestens jedoch monatlich [Zahl] EUR brutto. Der Arbeitgeber unterrichtet die Arbeitnehmerin zum Ende jeden [Monats] über die von ihr erzielten Umsätze. Die Arbeitnehmerin ist berechtigt, zur Überprüfung der auf ihre Tätigkeit zurückzuführenden Umsätze in die

¹ Die Zuverlässigkeit einer Befristung richtet sich nach TzBfG.

² Es gilt das Arbeitsgesetz mit einer Höchstarbeitszeit von 48 Stunden in der Woche.

Musterarbeitsvertrag

Geschäftsbücher Einsicht zu nehmen. Die Arbeitnehmerin kann einen Steuerberater oder Rechtsanwalt mit der Einsichtnahme beauftragen. Der Arbeitgeber übernimmt hierfür die Kosten.

oder

c. Monatsvergütung

Die Arbeitnehmerin erhält für ihre Tätigkeit eine monatliche Bruttovergütung von [Zahl] EUR. Die Vergütung ist jeweils am Monatsende fällig.

d. Preise für Dienstleistungen, Speisen, Getränke u.a. setzt der Arbeitgeber fest. Die Arbeitnehmerin ist nicht berechtigt, abweichende Vereinbarungen mit dem Kunden zu treffen. Die Annahme von Trinkgeldern bleibt hiervon unberührt.

e. Der Arbeitgeber hat monatlich über das Arbeitsentgelt eine Abrechnung zu erteilen (§ 108 GewO). Die Grundvergütung wird bargeldlos auf eine von der Arbeitnehmerin umgehend anzugebende Bankverbindung gezahlt.



5. Arbeitsverhinderung

a. Die Arbeitnehmerin ist verpflichtet, den Arbeitgeber **unverzüglich zu unterrichten**, wenn sie an der Arbeitsleistung verhindert ist.

b. Dauert eine Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat die Arbeitnehmerin eine **ärztliche Bescheinigung** über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtlicher Dauer spätestens am darauffolgenden Arbeitstag vorzulegen.

6. Fortzahlung der Vergütung bei Arbeitsverhinderung

a. Ist die Arbeitnehmerin infolge krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit an der Arbeitsleistung gehindert, richtet sich die Fortzahlung der Vergütung nach dem **Entgeltfortzahlungsgesetz**. Ist die Vergütung erfolgsabhängig oder enthält sie variable Bestandteile, berechnet sich die Entgeltfortzahlung nach dem Durchschnitt der letzten drei Monate vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit.

b. In den übrigen Fällen einer persönlichen Arbeitsverhinderung gilt § 616 BGB.

7. Erholungsurlaub

a. Die Arbeitnehmerin erhält einen Erholungsurlaub von **30 Arbeitstagen** je Kalenderjahr³.

b. Im Übrigen gilt das **Bundesurlaubsgesetz**.

8. Sonderzahlung

Die Arbeitnehmerin erhält als Sonderzahlung pro Kalenderjahr eine Monatsvergütung, die je zur Hälfte als **Weihnachtsgeld** mit den Bezügen für den Monat November und als **Urlaubsgeld** mit den Bezügen für den Monat Mai ausgezahlt wird. Im Kalenderjahr in das Arbeitsverhältnis eintretende und aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidende Arbeitnehmerinnen erhalten je Monat des Bestands des Arbeitsverhältnisses ein Zwölftel der Sonderzahlung.

Ist die Vergütung erfolgsabhängig oder enthält sie variable Bestandteile, berechnet sich die Entgeltfortzahlung nach dem Durchschnitt der letzten zwölf Monate vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit. Hat das Arbeitsverhältnis noch nicht zwölf Monate bestanden, wird die tatsächliche Dauer des Arbeitsverhältnisses zu Grunde gelegt.

9. Gesundheitsschutz

Die Arbeitnehmerin hat in jedem Monat Anspruch auf bezahlte Freistellung für eine **ärztliche Untersuchung nach dem Infektionsschutzgesetz**. Evtl. Kosten der Untersuchung trägt der Arbeitgeber. Besteht Anlass für die Annahme akuter Erkrankungen, erstreckt sich der Anspruch auch auf mehrere Untersuchungen im Monat.

10. Nebentätigkeit

Will die Arbeitnehmerin einer entgeltlichen Nebentätigkeit im Bereich sexueller Dienstleistungen nachgehen, so bedarf sie hierzu der **vorherigen Zustimmung des Arbeitgebers**.

11. Schlussbestimmungen

a. Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

b. Soweit ein Tarifvertrag für die Branche abgeschlossen werden sollte, werden die Parteien prüfen, ob und inwieweit dieser Arbeitsvertrag dessen Regelungen angepasst wird.

[Ort + Datum]

[Ort + Datum]

Unterschrift
Arbeitgeber

Unterschrift
Arbeitnehmerin

³ Der gesetzliche Mindesturlaub beträgt 24 Werktage.

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Fachbereich 13
v.i.S.d.P.: Dorothea Müller

Autorin der Studie: Emilija Mitrović
e.mitrovic@hamburg.de
Hochschule für angewandte Wissenschaften
Fachbereich Sozialpädagogik
Saarlandstraße 30, 22303 Hamburg

Gestaltung/Satz: Foto • Satz Ulla Penselin, Bleicherstraße 2, 22767 Hamburg
Fotomontage: Martina Biesenbach, Köln
Druck: Hein & Co, Lerchenstraße 87, 22767 Hamburg

1. Auflage, April 2004
2500 Exemplare

© 2004, alle Rechte vorbehalten

Sie erhalten die Broschüre beim
ver.di Bundesvorstand
Fachbereich 13, Besondere Dienstleistungen
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Kontakt Arbeitskreis Prostitution:
Peter Bremme, peter.bremme@verdi.de
ver.di Landesbezirk Hamburg, Fachbereich 13
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Die Gewerkschaft ver.di im Internet: www.verdi.de

FachbereichsleiterInnen im FB 13, Besondere Dienstleistungen

Baden-Württemberg: Harald Kraus, Königstr. 10a, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 88788-1300, harald.kraus@verdi.de
Bayern: Joachim Reber, Schwanthaler Str. 64, 80336 München, Tel. 089 59977-1130, Fax -2222, joachim.reber@verdi.de
Berlin-Brandenburg: Uwe Borck, Köpenicker Str. 55, 10179 Berlin, Tel. 030 8631-2626, Fax -2944, uwe.borck@verdi.de
Hamburg: Peter Bremme, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, Tel. 040 2858-119, Fax -445, peter.bremme@verdi.de
Hessen: Gerhard König, Rhonestr. 2, 60528 Frankfurt/M, Tel. 069 6695-1460, Fax -1469, gerhard.koenig@verdi.de
Niedersachsen/Bremen: Werner Dlugaczky, Goseriade 10, 30159 Hannover, Tel. 0511 12400-240, Fax -153, werner.dlugaczky@verdi.de
Nord: Dieter Altmann, Sophienblatt 74/78, 24114 Kiel, Tel. 0431 6608-160/163, Fax -111, dieter.altmann@verdi.de
Nordrhein-Westfalen: Angelika Hecker, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, Tel. 0211 61824-390, Fax -466, angelika.hecker@verdi.de
Rheinland-Pfalz: Jürgen Jung, Münsterplatz 2-6, 55116 Mainz, Tel. 06131 9726-200, Fax -199, j.jung@verdi.de
Saar: Werner Wendel, St. Johanner Str. 49, 66111 Saarbrücken, Tel. 0681 98849-430, Fax -409, werner.wendel@verdi.de
Sachsen: Roland Ehrhardt, Schützenplatz 14, 01067 Dresden, Tel. 0351 8633-523, Fax -524, roland.ehrhardt@verdi.de
Sachsen-Anhalt: Christel Tempel, Nachtweihe 82, 39124 Magdeburg, Tel. 0391 288899-20, Fax -70, christel.tempel@verdi.de
Thüringen: Angelo Lucifero, Schillerstr. 44, 99096 Erfurt, Tel. 0361 2117-192, angelo.lucifero@verdi.de



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V.

Ich möchte Mitglied werden

ab (Monat/Jahr) _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____

Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ / Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____

Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht ☐ weiblich / ☐ männlich

Beschäftigungsdaten

☐ Arbeiter/in ☐ Angestellte/r

☐ Beamter/in ☐ DO-Angestellte/r

☐ Selbstständige/r ☐ freie

Mitarbeiter/in

☐ Vollzeit

☐ Teilzeit ____ (Anzahl Wochenstunden)

☐ Arbeitslos

☐ Wehr-/Zivildienst bis _____

☐ Azubi – Volontär/in –
Referendar/in bis _____

☐ Schüler/in – Student/in bis _____

☐ Praktikant/in bis _____

☐ Altersteilzeit bis _____

☐ Sonstige _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ/Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

☐ Ich bin Meister/in – Techniker/in –
Ingenieur/in

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitglieds-Nr.: _____

Ich war Mitglied der Gewerkschaft

von _____ bis _____
(Monat/Jahr) (Monat/Jahr)

Tarifvertrag _____

Tarifl. Lohn- bzw. Gehaltsgruppe

lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen Euro _____

Monatsbeitrag

Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach §14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoeinkommens. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/-männer, Schüler/innen, Studierende, Wehr-/Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag Euro 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum /Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

☐ monatlich ☐ vierteljährlich
☐ halbjährlich ☐ jährlich

einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl / Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Unterschrift des Kontoinhabers _____